27. Ist eine Auspielung im Sinne des §. 286 Abs. 2 St.G.B.'s vorhanden, wenn der für die Beteiligung an den Unternehmer zu erse-

gende Preis mit der Gegenleistung für eine andere Leistung der Art verbunden ist, daß er seiner Höhe nach sich nicht erkennen läßt?

II. Straffenat. Ur. v. 9. Januar 1880 g. M. Rep. 792/79.

I. Stadt- und Kreisgericht Danzig.

II. Appellationsgericht Marienwerder.

Angeklagter Theaterbesitzer M. hatte nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung mit mehreren seiner Theatervorstellungen eine, wie er es nannte, „Massenpräzidentenverteilung“ der Art verbunden, daß nach der Theatervorstellung eine Verlosung von Wertgegenständen stattfand, an welcher jeder Theaterbesucher auf Grund seines mit einer Nummer versehenen Billets ohne Zuzahlung zu dem Eintrittsgelde Teil zu nehmen berechtigt war.

Deshalb aus §. 286 St.G.B.'s wegen Veranstaltung öffentlicher Auspielungen beweglicher Sachen ohne obrigkeitliche Erlaubnis unter Anklage gestellt, wurde er in beiden Instanzen freigesprochen.

Das Reichsgericht hat auf Nichtigkeitsbeschwerde des Oberstaatsanwalts das Appellationsurteil vernichtet.

Aus den Gründen:

„Der Appellationsrichter irrt, wenn er zwar zugiebt, daß der Preis für die Teilnahme an den mit dem Besuche des Theaters des Angeklagten verbundenen Auspielungen in dem Eintrittsgelde für das Theater enthalten sei, nichts destoweniger aber eine Auspielung im Sinne des §. 286 St.G.B.'s deshalb nicht als vorhanden anerkennen will, weil die Höhe des gezahlten Einfaßes nicht erkennbar sei, wozu erfordert werde, daß der letztere durch Auswerfung eines Preises für den Theaterbesuch an und für sich von dem Unternehmer selbst angegeben oder dadurch, daß der Wert der Theatervorstellung in Geld erkennbar vorliege, durch Berechnung zu ermitteln sei.

Dem zum Wesen der Auspielung gehört in dieser Richtung nur, daß für das Anrecht im Wege der Auslosung ein bestimmtes Vermögensobjekt zu gewinnen ein Einfaß geleistet werde und dieser Einfaß verliert seinen Charakter als solcher dadurch nicht, daß er mit der Gegenleistung für ein anderes, vorliegend in dem Gemisse einer Theatervorstellung bestehendes Anrecht der Art in Verbindung gebracht wird, daß beide Leistungen in ihrer Individualität nicht besonders hervortreten. Selbst in dem Falle würde dieser Umstand einen Unterschied

nicht begründen, wenn sich im Wege der Schätzung und Berechnung der Einfaß nicht ermitteln ließe, wie dieses der Fall sein würde, wenn, wie der Appellationsrichter annimmt, der eigentliche Wert eines Theaterbilletts sich jeder Schätzung entziehen, dadurch also auch eine Auscheidung desselben aus der Gesamtleistung unmöglich werden sollte. Der Gedanke des Gesetzgebers, welcher hat verhindern wollen, daß durch die Aussicht auf einen das gebrachte Vermögensopfer mehr oder weniger übersteigenden ungewissen Gewinn die Spielleidenschaft ohne vorgängige Prüfung und Zustimmung der Behörde öffentlich erregt werde, bleibt vollständig derselbe, mag die gemachte Vermögensaufwendung auf die Beteiligung am Glücksspiele allein oder zugleich an einem anderen an sich unwerthlichen Genusse abzielen und die Zulassung eines derartigen Verfahrens, wodurch der Sache nach die Nachteile des öffentlichen Glückspiels herbeigeführt, die dagegen zugelassenen Repressivmaßregeln aber ausgeschlossen werden, würde nur zu einer vollständigen Umgehung des Gesetzes den Weg bahnen. Auch auf den Zweck, welchen der Unternehmer dabei für sich erreichen wollte, kann es nicht ankommen; denn nicht der Zweck, welcher selbst ein löblicher und zu billigender sein kann, sondern das zur Erreichung desselben gewählte Mittel entscheidet für die Strafbarkeit der Handlung und es erscheint deshalb auch gleichgiltig, ob Angeklagter beabsichtigte, den Besuch seines Theaters und dadurch seine Einnahme zu erhöhen, indem er für denselben Betrag, anstatt wie früher den bloßen Theaterbesuch, jetzt zugleich die Beteiligung an der Auspielung gewährte.“